

	<p><u>Kontakt:</u></p> <p>Wolfgang Stather WStather@aol.com</p> <p>Beate Müller-Gemmeke beate@mueller-gemmeke.de</p> <p>Ingo Ruther ingo_ruther@arcor.de</p>
---	--

BürgerInnenversicherung statt Kopfpauschale

GewerkschaftsGrün spricht sich gegen eine Entsolidarisierung im Gesundheitswesen und somit gegen die Einführung einer Kopfpauschale aus, wie sie von CDU/CSU und FDP angestrebt wird.

Stattdessen wollen wir die Krankenversicherung zu einer konsequent ausgestalteten, solidarischen Bürgerversicherung umwandeln, damit auch weiterhin eine wohnortnahe, verlässliche und bezahlbare Gesundheitsversorgung gewährleistet sein wird.

Die von CDU/CSU und FDP geplante Kopfpauschale ist ungerecht und außerdem nicht finanzierbar. Laut Bundesfinanzministerium müssten 22 bis 35 Milliarden Euro aus Steuermitteln aufgebracht werden, um den von schwarz-gelb geplanten Sozialausgleich bei der Kopfpauschale zu finanzieren. Was als sozial verkauft wird, könnte sich als eine teure Mogelpackung entpuppen, die statt die Ärmsten zu entlasten diese besonders belastet. Die Kopfpauschale würde besonders die schwachen Einkommensgruppen treffen.

BürgerInnenversicherung als Alternative

Eine Bürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden und auch einkommensabhängig einzahlen, garantiert einen solidarischen Lastenausgleich über alle Einkommensgruppen hinweg, zwischen Alt und Jung und zwischen gesunden und kranken Menschen. Dabei werden alle Einkunftsarten – auch Vermögenseinkommen, Gewinne und Mieteinkünfte – in die Finanzierung der Krankenversicherung einbezogen. Die Beiträge auf Erwerbseinkommen aus abhängiger Beschäftigung werden wieder paritätisch je zur Hälfte durch ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen finanziert.

Die grüne Bürgerversicherung sorgt für mehr soziale Gerechtigkeit und stärkt die Nachhaltigkeit der Finanzierungsbasis bei der Gesundheitsversorgung.